

Verantwortung(slosigkeit) und Kooperation in der Weltgesellschaft: Aktuelle Trends und langfristige Perspektiven

Bereits vor knapp drei Jahren diagnostizierten die Herausgeber der *Globalen Trends*, dass die Welt zunehmend multipolarer und damit auch »un-geordneter« und »chaotischer« wird und globales Regieren in Zukunft von einem komplizierten »Ausbalancieren unterschiedlichster ökonomischer und sicherheitspolitischer Interessen« sowie »unterschiedlicher normativer Vorstellungen« geprägt sein wird. Sie forderten, dass sich die internationale Politik künftig am »Prinzip der Vorsorge und Krisenprävention« orientieren sollte (Debiel et al. 2012).

Heute, zu Beginn des Jahres 2015, ist davon wenig zu erkennen. Es überwiegt vielmehr der Eindruck einer zunehmenden Verantwortungslosigkeit, befördert durch eine »Verantwortungsdiffusion« unter staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren. Waren in Zeiten des Kalten Krieges die Zuständigkeiten und Einflussphären zwischen den Großmächten klar verteilt und auch der Umgang untereinander in einem bestimmten Ausmaß »normiert«, sorgte in den 1990er Jahren, einer Phase des kooperativen Multilateralismus, der Hegemon USA für die Aufrechterhaltung einer bestimmten Ordnung auf dem Globus, wenn auch nach eigenem Gutdünken und Maßstab. Mit der Hegemoniestellung der USA einher ging eine Ausbreitung liberaler Ordnungsvorstellungen, die sich nicht nur in einer Vielzahl neuer Vereinbarungen und In-

strumente auf der Ebene der Vereinten Nationen (UN), sondern auch in einer weiter fortschreitenden Demokratisierung weltweit manifestierte [vgl. Beitrag *Die liberale Weltfriedensordnung in der Krise*]. Der vermeintliche Siegeszug liberalen Gedankengutes wurde auch deshalb möglich, weil nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in vielen Ländern des Globalen Südens ein ideologisches Vakuum entstanden war. Dieses wurde nur allmählich unter Rückbesinnung auf die jeweilige Kultur und Geschichte mit eigenen Werten und Normen gefüllt. Und erst das auf den wirtschaftlichen Aufstieg folgende neue Selbstbewusstsein vieler Länder und Regionen hat dazu geführt, dass diese Werte und Normen nun zunehmend in die Waagschale globaler Politikgestaltung geworfen werden. Was bedeuten diese Umbrüche für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung weltweit? Und welche anderen längerfristigen Trends liegen den gegenwärtigen Ereignissen zugrunde, die die Erde derzeit als einen Ort des Unfriedens, der Ungleichheit, der Auseinandersetzungen um Werte und Normen und der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen dastehen lassen?

Die Autorinnen und Autoren der *Globalen Trends 2015* versuchen, auf diese Fragen Antworten zu geben und zugleich Perspektiven für eine zukunftsgerichtete und verantwortungsvolle Politik aufzuzeigen.

Eine Welt geprägt von Unfrieden und Verantwortungslosigkeit?

Lässt man die Schlagzeilen des Jahres 2014 Revue passieren, drängt sich der Eindruck auf, dass die Welt immer mehr aus den Fugen geraten ist.

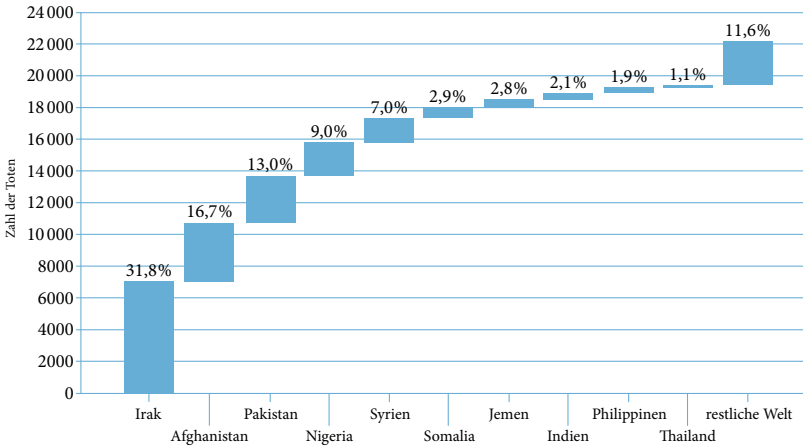
Was als Massenproteste ab Herbst 2013 gegen die damalige ukrainische Regierung begann, zog ab Februar 2014 eine Konfliktdynamik nach sich, die schließlich zu einem gewaltsam ausgetragenen Konflikt in der Ostukraine führte, der mit der Annexion der Krim durch Russland im März 2014 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte und bis Mitte Dezember 2014 über 4700 Todesopfer kostete (OHCHR 2014). Zwischen wiederholten verbalen und militärischen Provokationen Russlands und mehrfach verschärften Sanktionen von Seiten der Europäischen Union (EU) und der USA ist eine dauerhafte Befriedung der Situation nicht absehbar. Vielmehr zeichnet sich eine neue Eiszeit zwischen Russland und »dem Westen« ab, manche sprechen gar von einem neuen Kalten Krieg [vgl. Beitrag *Die liberale Weltfriedensordnung in der Krise*].

Doch nicht nur die Ostukraine war 2014 geprägt von Gewalt. Mit dem Gaza-Krieg im Sommer 2014 offenbarten sich erneut die anhaltenden Spannungen im seit Jahrzehnten andauernden Israel-Palästina-Konflikt, dessen Lösung in weiter Ferne scheint. Auch der 2011 ausgebrochene Bürgerkrieg in Syrien dauert unvermindert an – mit inzwischen vermutlich über 250 000 Toten (zur Problematik dieser Zahl vgl. Beitrag *Die liberale Weltfriedensordnung in der Krise*), 3 Mio. Flüchtlingen und 7,6 Mio. innerhalb des Landes Vertriebenen

(<http://syria.unocha.org>, 15. 1. 2015). Eine neue Wendung nahm der Konflikt durch das Erstarren der dschiihadistischen Gruppe »Islamischer Staat«, der mit seiner Terrorherrschaft und seinem Ansinnen auf Errichtung eines Kalifats als Heimat für alle »Rechtgläubigen« größere Teile Iraks und Syriens unter seine Gewalt gebracht hat [vgl. Schlaglicht *Der Aufstieg des »Islamischen Staats«*]. Terrormilizen mit dschiihadistischem Hintergrund fordern auch in anderen Weltregionen ihren Blutzoll: In Nigeria sorgt Boko Haram für eine nicht enden wollende Welle des Terrors – ein trauriger Höhepunkt war im Frühjahr 2014 die Verschleppung von fast 280 Mädchen aus der nordnigerianischen Stadt Chibok, von denen die meisten bis heute vermisst werden. In Somalia und Kenia treiben die al-Shabaab-Milizen ihr Unwesen, unter dem Namen »Abu Sajaf« terrorisieren islamistische Kämpfer die Südsinseln der Philippinen. Auch der Westen ist vor terroristischen Anschlägen nicht gefeit, wie die Anschläge auf das französische Satiremagazin *Charlie Hebdo* und ein jüdisches Lebensmittelgeschäft in Paris im Januar 2015 eindrücklich vor Augen geführt haben. Dieser direkte Angriff auf »westlich« geprägte liberale Werte hat zu einer starken Gegenreaktion in Verteidigung ebendieser Werte geführt; darüber sollte aber nicht vergessen werden, dass die weitaus meisten Opfer terroristischer Attentate jenseits der westlichen Welt beheimatet und weit überwiegend Menschen muslimischen Glaubens sind [vgl. Abbildung 1].

Abbildung 1: Die meisten Opfer von Terrorismus leben im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nigeria

Länder mit der höchsten Zahl an Toten durch terroristische Anschläge 2013
(in % aller Toten durch Terrorismus weltweit)



Quelle: Institute for Economics & Peace 2014, S. 15; aktualisiert mit Daten der Global Terrorism Database (<http://www.start.umd.edu/gtd/>, 18.1.2015)

Doch nicht nur sie werden in der westlichen Welt gerne vergessen. Auch die Debatte um die derzeit über 50 Mio. Flüchtlinge weltweit, deren wichtigste Herkunfts- und Gastländer im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika zu finden sind [vgl. Beitrag *Die liberale Weltfriedensordnung in der Krise*], beschränkt sich zumeist auf hiesige Aufnahmekapazitäten und geeignete Abwehrstrategien. Die internationale Gemeinschaft zeigt sich unfähig, auf dieses Leid angemessen zu reagieren, geschweige denn, es zu stoppen. Eine kurzfristige Reaktion auf neuerliche humanitäre Katastrophen und Gewalteskalationen scheidet regelmäßig an der Uneinigkeit und den Rivalitäten zwischen den fünf Vetomächten im UN-Sicherheitsrat. Im Ukraine-Konflikt wiederum verweigerten die Schwellen- und Entwicklungsländer dem Westen ihre Gefolgschaft und verhielten sich weit-

gehend neutral. Noch schwieriger ist es, die tieferliegenden Ursachen dieser Konflikte zu bearbeiten, die zumeist in der Missachtung von Werten, Normen und Interessen sowie in extrem ungleichen Entwicklungschancen zu finden sind.

Auch jenseits kriegerischer Auseinandersetzungen scheint das Misstrauen der Staaten untereinander zuzunehmen. Sinnbildlich dafür waren 2013 und 2014 die nach und nach bekanntgewordenen Spionagefälle zwischen »befreundeten« Staaten – von der Überwachung des Mobiltelefons der deutschen Kanzlerin durch die *US National Security Agency* (NSA) bis zur Bespitzelung der Türkei durch den Bundesnachrichtendienst (BND). Allerdings führte das Bekanntwerden dieser gegenseitigen Überwachung wenig verwunderlich nicht zu einer Verringerung der Kooperation zwischen den Nachrichtendiensten; vielmehr zeigt sich ein Trend zur verstärk-

ten Zusammenarbeit insbesondere in Reaktion auf den Anstieg terroristischer Aktivitäten [vgl. Beitrag *Überwachte Weltgesellschaft*].

Angesichts dieser Beobachtungen stellt sich die Frage nach der gegenwärtigen Bereitschaft der Staaten, Verantwortung für globale öffentliche Güter zu übernehmen. Das zähe Ringen um kleinste Fortschritte bei den Klimaverhandlungen lässt hier Zweifel aufkommen, ebenso die schwierigen und von Rückschlägen und Fragmentierung geprägten Versuche einer weiteren Ausgestaltung der Welthandelsordnung [vgl. Beitrag *Die veränderte Landschaft des Welthandels*]. Auch die verzögerte internationale Antwort auf die Ebola-Epidemie in Westafrika im Jahr 2014, die nur schleppend anlaufende medizi-

nische Unterstützung und die anfänglich großen Schwierigkeiten, ausreichend finanzielle Mittel einzuwerben, waren kein Ruhmesblatt für die internationale Gemeinschaft. Die langjährige Vernachlässigung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und ihre chronische Unterfinanzierung, die für die langsame Reaktion mitverantwortlich waren, stehen dabei symptomatisch für einen seit geraumer Zeit festzustellenden Trend, die Kompetenzen und Handlungsfähigkeiten universeller Institutionen auszuhöhlen (Ulbert 2014, S. 201).

Befinden wir uns also in einer Phase weitgehender Verantwortungslosigkeit in der globalen Politikgestaltung? Und welche politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen liegen den teils dramatischen Ereignissen und Umbrüchen der letzten Jahre zugrunde?

Vom kooperativen Multilateralismus zur konfrontativen Multipolarität und wieder zurück?

Die im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts entstandene liberale internationale Ordnung und ihre Institutionen sehen sich mit dem Aufstieg einer ganzen Reihe von Ländern des sogenannten Globalen Südens vor beträchtliche Herausforderungen gestellt. Am augenscheinlichsten ist der Aufstieg der unter dem Akronym BRICS zusammengefassten Länder Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, aber auch einer ganzen Reihe weiterer Länder, für die sich insbesondere die internationalen Investoren immer neue Gruppierungen und Namen einfallen lassen – von den Next Eleven über CIVETS (Kolumbien, Indonesien, Vietnam, Ägypten, Türkei und Südafrika) bis hin zu den MIST (Mexiko, Indonesien, Südkorea, Türkei).

Deren Aufstieg – wenn auch gelegentlich durch Transformationskrisen gebremst (vgl. Beitrag *Die ambivalente Rolle von Mittelschichten in Transformationskonflikten*) – geht einher mit einer Schwächung der transatlantisch ausgerichteten globalen Wirtschaftsarchitektur, einem Wettstreit zwischen staatskapitalistischen und marktwirtschaftlichen Ideologien und einer deutlichen Zunahme des »Süd-Süd-Handels« [vgl. Beitrag *Die veränderte Landschaft des Welthandels*]. Die mit neuem Gewicht und erstarktem Selbstbewusstsein ausgestatteten Akteure stellen manche der westlich geprägten Normen und Werte, auf denen die liberale Weltordnung basiert, in Frage, etwa bei der Gewichtung von nationaler Souveränität vs. Menschenrechte [vgl.

u. a. Beitrag *Globale Trends bei Friedensverhandlungen und Konfliktmediation*] oder in der humanitären Hilfe [vgl. Beitrag *Kulturen des Humanitarismus*]. Dies geschieht in einer Phase, in der der Schutz der Menschenrechte nicht zuletzt durch den massiv betriebenen »Krieg gegen den Terror« von westlichen Staaten selbst ausgehöhlt wurde. Dadurch nimmt die liberale Weltordnung als Ganzes Schaden; ihre Institutionen werden delegitimiert. Vor diesem Hintergrund verweigern die aufstrebenden Staaten zunehmend auch ihre Mitwirkung in Institutionen, Gremien und Verfahren, in denen sie sich strukturell benachteiligt fühlen, weil ihre Stimme nicht angemessen zum Tragen kommt. Symptomatisch dafür steht der Internationale Strafgerichtshof – ein Kind des kooperativen Multilateralismus –, der sich in jüngster Zeit mit unerwarteten Anfeindungen konfrontiert sieht [vgl. Schlaglicht *Internationaler Strafgerichtshof in schweren Wassern*]. Die Hoffnung des Westens, mit einer Kooptation der wichtigsten aufsteigenden Mächte im Rahmen der G20 die Weltpolitik weiterhin nach den eigenen Interessen gestalten zu können, hat sich zwischenzeitlich angesichts dünner Ergebnisse der letzten Gipfeltreffen ebenfalls zerschlagen.

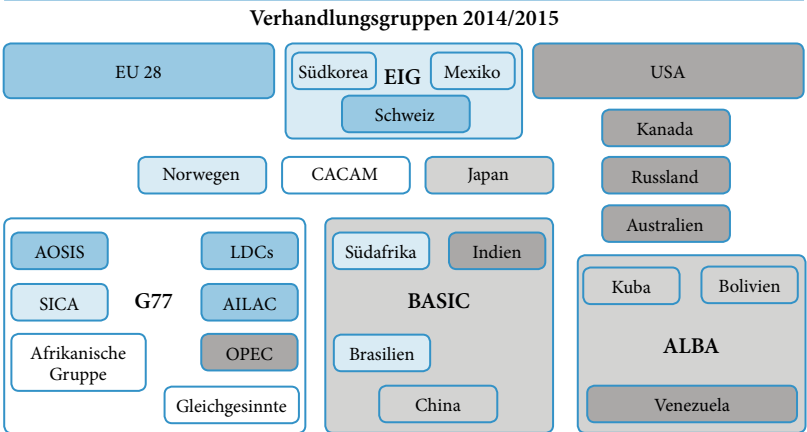
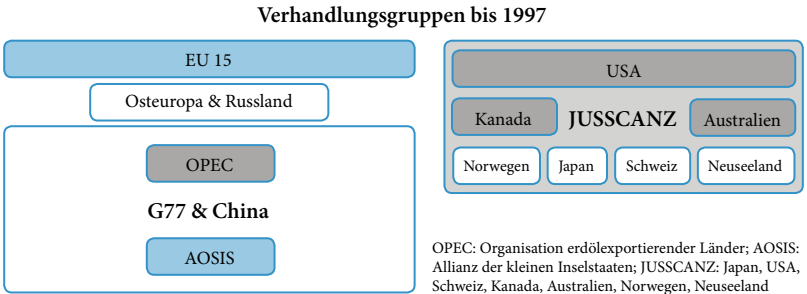
In der Folge hat der US-amerikanische Politologe Ian Bremmer (2012) in seinem Bestseller »Every nation for itself: Winners and losers in a G-Zero world« das düstere Bild einer G-Null-Welt entworfen, in der kein Land mehr bereit ist, Verantwortung für ein friedliches globales Zusammenleben zu übernehmen. Und in der Tat waren die letzten Jahre nicht nur in der Klimapolitik eher durch »Non-Governance« statt von Kooperation geprägt [vgl. Beitrag *Globale Energiemärkte im Umbruch*]. In

anderen Bereichen, insbesondere in der Sicherheitspolitik, werden bei Interessenkonflikten gar bestehende Regelwerke zugunsten »realistischer« Machtpolitik ignoriert [vgl. Beitrag *Überwachte Weltgesellschaft*].

Parallel hat sich eine Vielzahl von Allianzen, Foren und Verhandlungsformationen herausgebildet, die zu einer oft zitierten »neuen Unübersichtlichkeit«, zu *forum shopping* und gelegentlich zu konfrontativen Verhaltensweisen in zentralen Politikfeldern, insbesondere in der Sicherheits- und der Klimapolitik, geführt hat. Für diese »erstaunliche Diversität« von Multilateralismus hat Stewart M. Patrick den Begriff der »G-X-Welt« geprägt (Patrick 2014, S. 62). Er prophezeit einen weiteren Bedeutungsverlust bindender multilateraler Abkommen zugunsten informellerer Aktivitäten von kleineren Gruppen bestehend aus relevanten und handlungsmächtigen Akteuren. Zugleich sind allen Staaten Grenzen gesetzt, da keiner mehr die Macht hat, den Ton alleine vorzugeben. Globale Politikgestaltung ist damit deutlich komplexer geworden, was sich auch an den Verhandlungsgruppen zum Klimaschutz ablesen lässt [vgl. Abbildung 2]. Derart fundamentale Umbrüche bringen auf allen Seiten Verunsicherungen und in der Folge zunächst häufig eine Verweigerungshaltung mit sich. Doch auch wenn sie kurz- und mittelfristig zu Friktionen und Blockaden führen können: perspektivisch eröffnen sie die Chance, festgefahrene Strukturen und Rituale in internationalen Verhandlungskontexten zu überwinden.

Zugleich lehrt uns die Geschichte, dass Prozesse selten linear verlaufen. So zeichnet sich gegenwärtig, bedingt durch massive Verschiebungen auf den globalen Energiemärkten, ein außen-

Abbildung 2: Zunehmende Akteursvielfalt – komplexere Verhandlungsstrukturen
Verhandlungsgruppen in den Klimaverhandlungen bis 1997 sowie 2014/2015



SICA: Zentralamerikanisches Integrationssystem; LDCs: Am wenigsten entwickelte Länder; AILAC: Independent Association of Latin America and the Caribbean; EIG: Environmental Integrity Group; CACAM: Zentralasien, Kaukasus, Albanien, Moldau; BASIC: Brasilien, Südafrika, Indien, China; ALBA: Bolivarianische Allianz für Amerika

Erläuterung: Die blau eingefärbten Länder/Gruppen sind für ein verbindliches internationales Abkommen, die grau eingefärbten dagegen.

Quelle: adaptiert nach <http://www.carbonbrief.org/blog/2014/01/why-more-political-rifts-could-be-good-for-international-climate-negotiations>, Farhana Yamin (17.1.2015)

politisches Erstarken der USA ab, dessen Bedeutung noch nicht absehbar ist. Die USA sind 2013 zum weltgrößten Energieproduzenten aufgestiegen und auch als Exporteur in Konkurrenz zu Russland und Saudi-Arabien getreten [vgl. Beitrag *Globale Energiemärkte im Umbruch*]. Angesichts einer weiter rasant

steigenden Energienachfrage vor allem im asiatischen Raum sehen sich Europa, aber auch China und Indien als große Importeure trotz des aktuell stark gesunkenen Erdölpreises mit beträchtlichen Risiken konfrontiert, die sich auch auf ihre außenpolitischen Handlungsfähigkeiten auswirken könnten.

Umbrüche in einer entgrenzten und (digital) vernetzten Weltgesellschaft

Wendet man den Blick von der Staatwelt hin zur Gesellschaftswelt, so erkennt man, dass die skizzierten Veränderungen in der politischen Großwetterlage auf eine Reihe gesellschaftlicher, ökonomischer und nicht zuletzt auch technischer Prozesse treffen, die ebenfalls dazu beitragen, dass politische Entscheidungs- und Steuerungsprozesse immer komplexer werden. Dies haben auch einige der Krisenerscheinungen der letzten zehn Jahre gezeigt. Die Ansteckungseffekte und Rückwirkungen etwa der durch Deregulierung und Spekulation ausgelösten Krisen wie der Nahrungsmittelkrise 2007/08 oder der Weltfinanzkrise 2008/09 waren deshalb so gravierend, weil technologische Innovationen zu weltweiter Mobilität von Menschen, Gütern und Daten geführt haben, die gleichzeitig ein Netz enger, in vielerlei Hinsicht »entgrenzter« Verbindungen entstehen ließen.

Diese Entgrenzungs- und Vernetzungsprozesse machen es notwendig, dass wir unsere Vorstellungen von geographisch, politisch, sozial oder auch kulturell klar umrissenen Räumen kritisch überprüfen. Dies zeigt nicht zuletzt auch die Debatte um »das Lokale«, das längst nicht mehr der Ort der beschaulichen Abgeschlossenheit und der in einem engen Raum lokalisierbaren ökonomischen und soziokulturellen Beziehungen ist [vgl. Beitrag *Wenn das Lokale auf das Internationale trifft*]. Ob in der Entwicklungszusammenarbeit oder in Friedensentwicklungsprozessen, der Fokus internationaler Akteure liegt zunehmend auf der lokalen Ebene, die

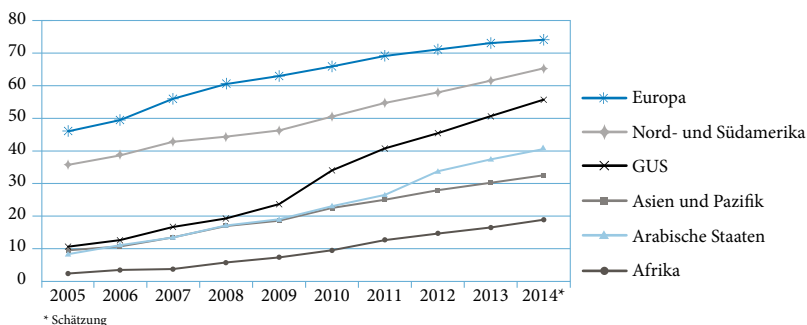
mehr Legitimität und bessere Implementierungschancen für (von außen angestoßene) Projekte und Programme verspricht. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass sich die lokale Ebene nicht so leicht kooptieren oder gar kontrollieren lässt, wie sich internationale Akteure dies erhoffen, denn zunehmend werden Projekte und Programme von der lokalen Ebene angestoßen. Lokale Akteure formulieren auch immer deutlicher, dass sie nicht lediglich für die Umsetzung bereits festgelegter Agenden zuständig sein möchten, sondern fordern die Berücksichtigung lokalen Wissens bereits in der Phase der Politikformulierung.

Nicht zuletzt bedingt durch moderne digitale Kommunikationsmittel, ist die wirtschaftliche und kulturelle Globalisierung mittlerweile auch in sehr entlegene Gebiete vorgedrungen. Obgleich sowohl global als auch regional immer noch eine große »digitale Kluft« existiert, stieg die Zahl der Internetnutzer in der letzten Dekade stetig an. Selbst in Afrika, dem Kontinent mit den geringsten Durchdringungsraten für Informations- und Kommunikationstechnologien, hat mittlerweile schon nahezu jeder Fünfte Zugang zum Internet [vgl. Abbildung 3].

Diese Technologien haben eine Reihe von ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Prozessen angestoßen, die menschliches Wohlergehen fördern können, indem sie Beschäftigungsperspektiven eröffnen, ehemals manuelle Arbeitsprozesse beschleunigen und erleichtern oder auch politische Partizipation ermöglichen (vgl. WSIS 2003). Gleichzeitig verändern sie das Wirt-

Abbildung 3: Starker Anstieg der Internetnutzer in allen Weltregionen

Anteil der Internetnutzer pro 100 Einwohner 2005–2014



* Schätzung

Quelle: eigene Darstellung basierend auf ITU/ICT Indicators Database, Aggregate Data (<http://www.itu.int/en/ITU-D/Statistics/Pages/stat/default.aspx>, 19.1.2015)

schaftsleben jedoch auch so, dass Arbeits- und Sozialstandards unterlaufen und ausgehebelt werden können, und sie tragen durch die Herausbildung großer Informationsmonopole dazu bei, dass sich Reichtum zunehmend in den Händen weniger konzentriert (Lanier 2013).

Hohe wirtschaftliche, aber geringe rechtliche Verflechtungen: Veränderungen in der Arbeitswelt

Die »digitale Kluft« aufzuheben, ist Bestandteil sowohl globaler Entwicklungsbemühungen als auch nationaler Politiken vor allem im Hinblick auf das Gefälle zwischen urbanen und ländlichen Räumen. Die Verbreitung moderner Kommunikationstechnologien verändert auch die Art der Tätigkeiten. So nimmt der Anteil der nicht-routinisierten manuellen Arbeiten ab, wohingegen der Anteil nicht-manueller Tätigkeiten weltweit zunimmt, während der Anteil an Routinearbeit konstant bleibt (ILO 2015, S. 24). Dennoch hat die digitale Ökonomie bislang die in sie gesetzten Hoffnungen, als Jobmotor zu wirken,

nicht erfüllen können. Noch machen sich zudem die Folgen der Weltfinanzkrise negativ für die weltweite Beschäftigungsentwicklung bemerkbar: Nach Schätzungen der internationalen Arbeitsorganisation (*International Labour Organization*, ILO) hat die Weltfinanzkrise dazu beigetragen, dass von 2008 bis 2014 etwa 61 Mio. Arbeitsplätze weniger geschaffen wurden, als ohne die Weltfinanzkrise vorhergesagt waren (ILO 2015, S. 16). Dies hat insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit verschärft, was aufgrund des damit verbundenen Konfliktpotenzials nicht nur zu politischer Instabilität führen kann, sondern die Gefahr in sich birgt, dass eine ganze Generation bestimmte berufliche Fertigkeiten entweder nie erwerben oder diese mangels beruflicher Praxis wieder verlieren wird [vgl. Schlaglicht *Jugendarbeitslosigkeit als globale Herausforderung*].

Mangelnde berufliche Perspektiven sind auch eine wesentliche Ursache von Migration. Entgegen früheren Annahmen wirkt sich diese aber nicht grundsätzlich negativ auf die Herkunftsländer aus, wie das Beispiel der Rücküberweisungen von Migranten zeigt. Diese

Geldtransfers übersteigen das finanzielle Volumen der öffentlichen Entwicklungshilfe mittlerweile um das Dreifache [vgl. Schlaglicht *Migration als Entwicklung*].

Beschäftigung zu haben bedeutet aber nicht automatisch, dass diese in »menschenwürdiger Arbeit« besteht. Die vielen katastrophalen Unfälle in der globalisierten Textilindustrie, für die der Einsturz eines Fabrikgebäudes (»Rana Plaza«) in Bangladesch im Jahr 2013 sinnbildlich steht, sind Ausdruck weitverbreiteter menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen. Sie sind Ergebnis von Machtverschiebungen zugunsten des Kapitals und zulasten der sozialen Regulierung von Arbeit, welche unter anderem auf die Globalisierung von Zulieferketten zurückzuführen sind [vgl. Beitrag *Transnationale Produktion und die Zukunft menschenwürdiger Arbeit*]. Dies führt dazu, dass der Grad der rechtlichen Verflechtung noch deutlich hinter dem hohen Maß an wirtschaftlicher Verflechtung hinterherhinkt: Von Staaten ausgehende Regulierungsformen können globalisierte Produktionsketten nur in Ausschnitten erfassen. So existieren staatliche/internationale und zunehmend private/transnationale sowie Mischformen von öffentlich-privater Regulierung nebeneinander, was die Regulierung grundlegender Arbeitsstandards unübersichtlicher und unverbindlicher macht und es Unternehmen erleichtert, sich der Verantwortung für ihre Mitarbeitenden – auch in Zuliefererbetrieben – zu entziehen. Daher wird Rechtsetzung gegen transnational agierende Unternehmen letztlich nur über staatlich verfasste Gesellschaften eingefordert und umgesetzt werden können.

Widerstand und Partizipation in einer ungleichen Welt

Die Konzentration von Vermögen in den Händen weniger ist einer der Gründe für die sich weiter verschärfende Ungleichheit innerhalb von Gesellschaften [vgl. Beitrag *Fragmentierte Weltgesellschaft*], wodurch bestehende Demokratien und Demokratisierungsbemühungen gefährdet werden. Zwar trägt der Eindruck, dass wir es momentan mit einem globalen Trend von verstärktem politischen Widerstand zu tun haben [vgl. Beitrag *Proteste und Widerstandsbewegungen im 21. Jahrhundert*], es hat jedoch eine Entgrenzung und Digitalisierung von Protestbewegungen stattgefunden. Dadurch werden Ansteckungseffekte von Protesten über Ländergrenzen hinweg befördert und eine globale Koordination ermöglicht, was beispielsweise an der *Occupy*-Bewegung deutlich wird.

Politische Partizipation nimmt im digitalen Zeitalter jedoch nicht nur die Form des Protests an. Insbesondere internationale Organisationen bemühen sich, über digitale Formen der Beteiligung wie Umfragen, Internetforen oder die Bereitstellung von Informationen über das Internet, Gesellschaften, insbesondere des Globalen Südens, bereits in der Phase der Politikformulierung intensiver in internationale Prozesse einzubinden. Ein »Paradebeispiel« ist die Ausgestaltung des Post-2015-Prozesses mit vielfältigen Partizipationsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Gruppen und Individuen [vgl. Beitrag *Die Post-2015-Konsultationen*]. Diese haben u. a. entscheidend dazu beigetragen, dass inzwischen auch auf zwischenstaatlicher Ebene vielfältig und durchaus mit einer gewissen Kreativität über die Definition des menschlichen

Wohlergehens nachgedacht wird [vgl. Beitrag *Wir können das BIP nicht essen*]. Internationale Organisationen verfolgen mit diesen erweiterten Beteiligungsformen das Ziel, sowohl ihre eigene Legitimität zu steigern, als auch im Hinblick auf spätere Umsetzungsprozesse die Erfolgsaussichten der angestrebten Maßnahmen zu verbessern. Dass es sich aber weiterhin um zwischen-staatliche Prozesse handelt, wird spätestens dann deutlich, wenn die Beschlussfassung ansteht – diese bleibt in der Regel den Staaten vorbehalten.

Weniger individuelle Verantwortung für mehr Sicherheit?

Nirgendwo wird die ambivalente Rolle moderner Informations- und Kommunikationstechnologien so deutlich wie bei der Frage des Ausräumerens individueller Freiheitsrechte mit der staatlichen Gewährleistung von Sicherheit. Dies ist umso schwerwiegender, weil Freiheit auch individuelle Verantwortung bedingt. Wird die Freiheit des Individuums begrenzt, so wird dieses auch der Möglichkeit und Notwendigkeit entzogen, Verantwortung wahrzunehmen.

Die Enthüllungen über die Arbeit vor allem der US-amerikanischen und britischen Geheimdienste, die durch die Weitergabe von Informationen an die Medien durch Edward Snowden ermöglicht wurden, haben das Ausmaß der Verletzung von Freiheitsrechten der Bürger durch massives Datensammeln deutlich gemacht (Greenwald 2014) [vgl. Beitrag *Überwachte Weltgesellschaft*]. Dennoch sind Europäer und Nordamerikaner bereit, für die Verbrechenbekämpfung und -vorbeugung

die Verletzung ihrer Privatsphäre hinzunehmen, wie etwa eine repräsentative Umfrage in Deutschland im Mai 2014, ein Jahr nach Beginn der Snowden-Enthüllungen, beispielhaft zeigt: Lediglich knapp die Hälfte der Befragten (48 %) fühlten sich durch das Vorgehen der Geheimdienste in ihrem Recht auf Privatsphäre und damit in ihren Grundrechten verletzt, und 22 % hielten die Geheimdienstaktionen für »gerechtfertigt, solange es der Sicherheit aller dient« (DIVSI 2014, S. 2). Die immer wiederkehrenden Debatten um die Ausweitung von Überwachung durch die Aufzeichnung und Speicherung persönlicher Daten im öffentlichen (Videoüberwachung) und privaten Raum (Vorratsspeicherung von Telekommunikations- und Internetdatenverbindungen) belegen die Gratwanderung freiheitlicher Gesellschaften in ihrem Bedürfnis nach (mehr) Sicherheit. Es gilt jedoch zu bedenken, dass, auch wenn man »nichts zu verbergen hat«, eine permanente Überwachung das gesellschaftliche Zusammenleben nachhaltig negativ beeinflusst, wie zahlreiche Beispiele autokratischer Systeme belegen.

Die Diskussion um die fortschreitende Automatisierung des Krieges berührt in ähnlicher Weise das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und dem Schutz von Menschenrechten [vgl. Beitrag *Von der quantitativen zur qualitativen Rüstungskontrolle*]. Noch steuern Menschen überwiegend den Einsatz von Waffen, aber am Beispiel bewaffneter Drohnen, deren Einsatz teilweise gegen fundamentale Prinzipien des humanitären Völkerrechts verstößt, zeichnet sich ab, was automatisierte Kampfsysteme in Zukunft leisten könnten und dass der Mensch nicht mehr unbedingt in die Entscheidungssysteme zur Auslösung

von Waffen eingebunden werden muss. Um unsere »Menschlichkeit« nicht zu verlieren (Human Rights Watch 2012), sind gemeinsame Anstrengungen aller Staaten notwendig, zu gemeinsamen Regeln zu gelangen. Allerdings sind nicht nur Staaten, sondern auch die Entwickler dieser Waffensysteme aufgefordert, ihrer Verantwortung nachzukommen. Konkret heißt dies, dass die Möglichkeiten, die sich im Rahmen der technologischen Weiterentwicklung abzeichnen,

nur innerhalb eines strikten rechtlichen und ethischen Rahmens genutzt werden dürfen.

Welche Veränderungen sind notwendig und welche Perspektiven zeichnen sich ab, um Verantwortungslosigkeit von staatlichen wie gesellschaftlichen Akteuren zu überwinden und globale öffentliche Güter wie Sicherheit, Freiheit, Menschenrechte und den Erhalt unseres natürlichen Lebensraums gemeinsam anzugehen?

Voraussetzungen für verantwortungsvolle Kooperation: Unterschiede anerkennen, aber normativen Grundkonsens erzielen

Viele der gegenwärtigen Blockaden bei der Lösung globaler Fragen sind auf die Auswirkungen der neuen konfrontativen Multipolarität zurückzuführen. Insbesondere die aufstrebenden Mächte Brasilien, Indien und China können nun in vielen internationalen Institutionen und in zahlreichen Verhandlungsprozessen als Veto-Spieler agieren, weil ihre Zustimmung notwendig ist, um Veränderungen herbeizuführen. Gleichzeitig fehlt ihnen jedoch (noch) die Macht, die internationale Agenda zu gestalten (Narlikar 2013a, S. 561 f.). Die aufstrebenden Mächte lassen zwar bislang nicht erkennen, dass sie an einer radikalen Änderung der existierenden Ordnung interessiert sind (Kahler 2013, S. 726), aber ihre zögerliche Haltung, ebenfalls mehr internationale Verantwortung zu übernehmen, die auch in einer anderen Lastenteilung bei der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter bestünde, führt derzeit zu den bereits angesprochenen Blockaden, zu Miss-

trauen und der Gefahr der Destabilisierung des gesamten Systems (Narlikar 2013a, S. 576).

Von den gegenwärtigen Veto-Spielern wird aber nicht nur gefordert, den Vereinbarungen zuzustimmen, sondern sie müssen diese auch aktiv unterstützen, damit sie wirkungsvoll umgesetzt werden können. Am augenfälligsten wird dieses Dilemma bei den globalen Klimaverhandlungen. Bereits mit der Verabschiedung der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung wurde 1992 der Grundsatz der »gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung« (*Common but Differentiated Responsibility*) niedergelegt, der nachfolgend für die weiteren Verhandlungen zur Ausgestaltung des Klimaschutzregimes handlungsleitend war. Seinen konkreten Ausdruck fand dieses Prinzip darin, dass Industrie- und Entwicklungsländern unterschiedliche Verpflichtungen auferlegt wurden, in denen die historische Verantwortung der Industrieländer für

den Anstieg der Treibhausgas-Emissionen im Vordergrund stand. Mittlerweile verweisen die Industrieländer jedoch darauf, dass sich Schwellenländer wie Brasilien und vor allem Indien und China aufgrund ihrer Bevölkerungsgröße und gestiegenen Wirtschaftskraft ebenfalls zu einer künftigen Begrenzung des Ausstoßes von Treibhausgasen verpflichten müssen.

Das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung zeigt paradigmatisch, wie eine Lösung aussehen könnte: Unterschiede werden anerkannt, Ziel ist es jedoch, einen normativen Grundkonsens darüber zu erreichen, auf welchen Kriterien die Zuweisung unterschiedlicher Verantwortlichkeiten beruht. Damit könnte dieses Prinzip auch zu einem »zwischenstaatlichen Gerechtigkeitsprinzip« für die Post-2015-Agenda werden (Martens 2014, S. 36). Dazu wäre es aber notwendig, mehr Länder zu ermutigen – und dies auch zuzulassen –, vom traditionellen *norm-taker* zum innovativen *norm-maker* zu werden. Brasilien ist hier bereits aktiv geworden, sei es bei der

2011 vorgebrachten Idee, die *Responsibility to Protect* zu einer *Responsibility while Protecting* weiterzuentwickeln, oder in einer gemeinsamen Initiative mit Deutschland, eine Resolution zum besseren Schutz der Privatsphäre im digitalen Zeitalter im November 2013 in die UN-Generalversammlung einzubringen. Aufstrebende Staaten wie Indien, die sich eher den Ruf eines Blockierers in internationalen Verhandlungen erworben haben, sollten nach Amrita Narlikar aufgefordert werden, die Bereiche zu benennen, in denen sie zukünftig bereit sind, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen und sich mit anderen aufstrebenden Staaten auf gemeinsame normative Grundsätze zu einigen (Narlikar 2013b, S. 612 f.). Diese Vorgehensweise könnte dann zu einer grundlegenden Reform des Systems für mehr Verantwortung (*reform for responsibility*) führen (Narlikar 2013a, S. 576). In den nächsten beiden Jahren böten sich zahlreiche Möglichkeiten, in internationalen Verhandlungsprozessen die Weichen entsprechend neu zu stellen [vgl. Tabelle 1].

Perspektiven für eine »Reform für Verantwortung«: Die Institutionalisierung von Vernetzung

Die beschriebene »neue Unübersichtlichkeit« der globalen Politikgestaltung bringt es mit sich, dass internationale »Mammutabkommen« zurzeit nicht realistisch und nicht durchsetzbar sind. Neue Formen der öffentlichen, privaten und privat-öffentlichen Regulierung sind zwar entstanden, können aber, wie das Beispiel der globalen Wertschöpfungsketten zeigt, nur punktuell wirken und stellen kein sozialpolitisches Kor-

rektiv dar. Dennoch gilt weiterhin, dass globale Herausforderungen und Risiken nur gemeinsam erfolgreich angegangen werden können und sich die Verfolgung ausschließlich eigener politischer (Macht-)Interessen langfristig rächt [vgl. Schlaglicht *Territoriale Neuordnungen als internationale Herausforderung*]. Die Herausforderung besteht darin, im Rahmen kooperativer Governance-Ansätze Regeln für alle Beteiligten im globalen

Tabelle 1: Zentrale internationale Zusammenkünfte und Konferenzen der Jahre 2015 (ab Juni) und 2016

	Ort	Datum
<i>World Economic Forum on Africa</i> 2015	Kapstadt (Südafrika)	3.–5. 6. 2015
G7-Gipfel	Schloss Elmau (Deutschland)	7.–8. 6. 2015
BRICS-Gipfel	Ufa (Russland)	8.–9. 7. 2015
<i>Conference on Financing for Development</i> (Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung)	Addis Abeba (Äthiopien)	13.–16. 7. 2015
<i>Conference of the States Parties to the United Nations Convention against Corruption</i> (Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens der UN gegen Korruption)	St. Petersburg (Russland)	30. 7. 2015
Feier zum 70. Jahrestag der UN	New York (USA)	24. 9. 2015
UN-Post-2015-Gipfel	New York (USA)	25.–26. 9. 2015
G20-Gipfel	Antalya (Türkei)	15.–16. 11. 2015
UN-Klimakonferenz (COP21)	Paris (Frankreich)	30. 11.–11. 12. 2015
<i>World Humanitarian Summit</i> (Weltgipfel für humanitäre Hilfe)	Istanbul (Türkei)	Mai/Juni 2016
HABITAT III (Weltsiedlungsgipfel)	Quito (Ecuador)	17.–20. 10. 2016
50 Jahre UN-Sozialpakt und UN-Zivilpakt	New York (USA)	19. 12. 2016
<i>UN General Assembly Special Session on the World Drug Problem</i> (Sondergeneralversammlung über das Weltrogenproblem)	New York (USA)	2016: Datum noch nicht bekannt
Quelle: eigene Zusammenstellung		

Wertschöpfungssystem zu entwickeln, die zu wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit unter gleichzeitiger Berücksichtigung der planetaren Grenzen führt [vgl. Beitrag *Stellschrauben für Nachhaltigkeit*]. Zugleich ist die Vorstellung einer Machthierarchie von Institutionen, die sich vom Internationalen über das Regionale, Nationale hinunter bis zum Lokalen erstreckt, schon längst überholt. Daher muss das Ziel sein, die vielfältigen Akteure, Prozesse, Regeln und Institutionen besser über die unterschiedlichen Ebenen hinweg zu verschränken.

Globale Probleme müssen heute zunehmend unter den Bedingungen von Unsicherheit, unklaren Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflichten sowie unter ständig neu ausgehandelten Macht- und Autoritätsbeziehungen gelöst werden. Dies erfordert nicht nur integrierte Lösungsansätze, in die neben den staatlichen und klassischen nichtstaatlichen Akteuren (NGOs) auch Unternehmen und Wissenschaft einbezogen werden [vgl. Schlaglicht *Risikoraum Stadt oder Chancen zur aktiven Veränderung?* sowie Beitrag *Stellschrauben für Nachhaltigkeit*];

erforderlich sind vielmehr nichthierarchische Entscheidungsprozesse, die offen für die Partizipation aller Stakeholder sind, auch – im Falle von Nachhaltigkeitsfragen – über innovative Mechanismen etwa für zukünftige Generationen [vgl. Schlaglicht *Warum wir der Zukunft einen Platz am Verhandlungstisch geben sollten*].

Diese neueren Formen »experimenteller Governance« (De Búrca et al. 2013) lassen idealtypischerweise Raum für die Verständigung über gemeinsame Problemdefinitionen und normative Grundsätze, die der Problembearbeitung zugrunde liegen sollten. Ferner zeichnen sie sich durch kontinuierliche Feedback-, Berichts- und Überwachungsschleifen aus und sollten vorab vereinbarte Verfahren aufweisen, über die Regeln und Praktiken bei Bedarf angepasst werden können. Ein letzter wesentlicher Bestandteil von Formen experimenteller Governance ist die Vernetzung unterschiedlicher Handlungsebenen: Nachdem meist Akteure auf nachgeordneten Ebenen – bis hin zur lokalen Ebene – die vereinbarten Maßnahmen implementieren müssen, müssen Wege gefunden werden, lokales oder kontextualisiertes Wissen bei der Problemlösung zu berücksichtigen. Das als Erfolgsfall geltende Regime zum Schutz der Ozonschicht und das diesem zugrundeliegende Montrealer Protokoll über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, oder das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen werden als idealtypische Beispiele für experimentelle Governance angeführt (De Búrca et al. 2013) [vgl. Tabelle 2].

Derartige Governance-Modi ermöglichen auch neue Formen der Transparenz, Vertrauensbildung und Verifi-

kation, die so dringend notwendig sind. Formen experimenteller Governance setzen jedoch voraus, dass der grundsätzliche Wille zu Kooperation und zur Überwindung eines existierenden Status quo vorhanden ist. Ist dies nicht der Fall, wird eine institutionelle Vernetzung mit eingebauten »Lernschleifen« nicht machbar sein. Grundsätzlich böte sich der Prozess der Implementierung neuer globaler nachhaltiger Entwicklungsziele (*Sustainable Development Goals – SDGs*) für neue Formen experimenteller Governance an: Er ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl an Akteuren, die Notwendigkeit der Rückbindung an nachgeordnete Handlungsebenen, offene Problemdefinitionen, über die erst in einem gemeinsamen kommunikativen Prozess Verständigung erzielt werden muss, eine Vielzahl erst auszuhandelnder Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflichten sowie noch auszugestaltende Überwachungs- und Überprüfungsprozesse.

Wie andere Formen politischer Steuerung müssen aber auch solch neuartige Governance-Modi sowohl in ein Netz globaler Normen, Institutionen und Machtbeziehungen eingebettet als auch an einen nationalen Regulierungsrahmen rückgebunden werden, aus dem insbesondere die staatlichen Akteure ihre Autorität und damit auch Legitimität ableiten. Dies macht zum einen eine Form von »Meta-Governance« zur Koordination des existierenden Pluralismus notwendig, zum anderen stellt dies auch nationale Politik vor neue Anforderungen. Nationale Regierungen müssen in einem immer komplexer werdenden Umfeld agieren. Flexibilität, ein »Management der Vielfalt« sowie gezieltes *forum shopping* sind erforderlich, um mit der Dynamik der Entwicklun-

Tabelle 2: Integration und Vernetzung von Regulierung durch unterschiedliche Governance-Modi

Governance-Modus	Kennzeichen	Beispiele
internationale Regime	umfassende, integrierte (zwischenstaatliche) Systeme von Normen, Regeln, Prinzipien und Entscheidungsverfahren zur gemeinsamen Problembearbeitung in ausgewählten Bereichen	Bretton-Woods-Finanzsystem, Welthandelsregime/ WTO, Luftfahrtregime/ Internationale Zivilluftfahrtorganisation
Regime-Komplexe	nebeneinander existierende, teilweise vernetzte, teilweise miteinander konkurrierende Formen öffentlicher, privater oder privat-öffentlicher Regulierung	(öffentliche und öffentlich-private) Regime-Komplexe zum Klimaschutz, Schutz geistigen Eigentums, Waldschutz, zu Gesundheit, Energie oder Korruption
»experimentelle Governance«	Regulierung als nichthierarchischer, offener Prozess mit inklusiver Partizipation, kontinuierlicher Beratung über Problemdefinition und normative Grundsätze, kontinuierlicher Überwachung und Überprüfung sowie Rückbezug auf nachgeordnete Ebenen	Montrealer Protokoll über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (inklusive der weiteren Änderungen und Anpassungen), UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
Quelle: De Búrca et al. 2013, S. 744, modifizierte und erweiterte Fassung, eigene Übersetzung		

gen nicht nur Schritt zu halten, sondern diese im eigenen Interesse auch mitgestalten zu können. Nach außen sind dafür Investitionen in Vertrauensbildung, die Bereitschaft zur Neuverhandlung normativer Grundlagen und des institutionellen Rahmens von Kooperation sowie der Aufbau von Interessensallianzen jenseits eingefahrener Pfade erforderlich (vgl. dazu Messner et al., S. 28 f.). Im Sinne einer experimentellen Governance geht es dabei nicht nur um zwischenstaatliche Allianzen, sondern auch um den Dialog und gegebenenfalls die Mitwirkung nichtstaatlicher sowie regionaler und lokaler Akteure.

In der Umsetzung nach innen stößt die üblicherweise praktizierte interministerielle Kooperation schnell an ihre Grenzen. Notwendig sind tiefer-

gehende netzwerkartige Formen der Politik-Integration und -Koordination. Diese weisen ähnliche Kennzeichen auf wie Formen experimenteller Governance auf globaler Ebene (Steurer/Berger 2010, S. 7): Auch hier stehen Lern-, Verständigungs- und Anpassungsprozesse aller beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure im Vordergrund. Bei staatlichen Akteuren zählen dann aber nicht mehr vorrangig die Management- oder Überwachungsfertigkeiten, sondern die Fähigkeit, andere Akteure zu aktivieren und Prozesse anzustoßen, die dann von staatlicher Seite begleitet und mitgestaltet werden. Die Implementierung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien (*National Sustainable Development Strategies*) hat hier bereits zu einer Reihe unterschiedlicher netzwerkartiger

Formen der Politik-Integration geführt (OECD 2006).

Um in einer »G-X-Welt« Verantwortlichkeiten längerfristig und fair wahrnehmen zu können, sind globale Koordinierungsmechanismen und ein übergeordneter normativer Rahmen – also eine Meta-Governance – unabdingbar (Sørensen 2006, S. 100 ff.). Bislang dienten hierfür entweder die weniger inklusiven Club-Formate wie die diversen G-Formate oder die großen UN-Gipfeltreffen, die aber alle eher dafür genutzt wurden, die bereits eingangs angesprochene Diversität des Multilateralismus zu erhöhen. Um das mehrfach beschriebene gegenwärtige Misstrauen in den internationalen Beziehungen und die daraus resultierenden Blockaden zu überwinden, ist es eine notwendige

Voraussetzung, dass neues Vertrauen zwischen Staaten und deren Gruppierungen aufgebaut werden kann. Dies mag zunächst nur mit einer begrenzten Zahl an Partnern möglich sein, seien sie regional definiert oder durch gemeinsame Interessen bestimmt. Bestenfalls könnte daraus längerfristig aber eine fairere Weltordnung hervorgehen, in der durch Patchwork-Governance, ergänzt um übergreifende koordinierende Foren, die Interessen einer deutlich höheren Zahl an Ländern und gesellschaftlichen Gruppen Gehör finden und umgekehrt die Verantwortung für das globale Gemeinwohl auf eine breitere Basis gestellt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wird kein Weg daran vorbeiführen, die globale »Reform für Verantwortung« gemeinsam in Angriff zu nehmen.

Literatur

- Bremmer, Ian 2012: Every nation for itself: Winners and losers in a G-Zero world, New York u. a.
- Debiel, Tobias/Michèle Roth/Cornelia Ulbert 2012: Global Governance unter Druck: Trends und Perspektiven, in: Tobias Debiel/Jochen Hippler/Michèle Roth/Cornelia Ulbert, (Hg.), Globale Trends 2013. Frieden, Entwicklung, Umwelt, Frankfurt am Main, S. 11–23.
- De Búrca, Gráinne/Robert O. Keohane/Charles Sabel, 2013: New modes of pluralist global governance, in: New York University Journal of International Law and Politics, Jg. 45/1, S. 723–786.
- DIVSI (Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet) 2014: Jeder zehnte ist vorsichtiger geworden, die Mehrheit reagiert eher gleichgültig: Abhören? Egal, ich habe nichts zu verbergen! Ein Jahr nach den Snowden-Enthüllungen: dimap-Umfrage für DIVSI (https://www.divsi.de/wp-content/uploads/2014/05/DIVSI-PM-SNOWDEN_2014-05-23.pdf, 22. 1. 2015).
- Greenwald, Glenn 2014: No place to hide. Edward Snowden, the NSA and the surveillance state, London.
- Human Rights Watch 2012: Losing humanity. The case against killer robots. Washington, D. C.
- ILO (International Labour Organization) 2015: World employment and social outlook. Trends 2015, Genf (http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_337069.pdf, 20. 1. 2015).
- Institute for Economics & Peace 2014: Global Terrorism Index 2014. Measuring and understanding the impact of terrorism (<http://www.visionofhumanity.org/sites/default/files/Global%20Terrorism%20Index%20Report%202014.pdf>, 17. 1. 2014).
- Kahler, Miles 2013: Rising powers and global governance: Negotiating change

- in a resilient status quo, in: International Affairs, Jg. 89/3, S. 711–729.
- Lanier, Jaron 2013: Who owns the future?, London/New York.
- Martens, Jens (mit Wolfgang Obenland/Hubert Schillinger) 2013: Gemeinsame Ziele – unterschiedliche Verantwortung. Das Gerechtigkeitsprinzip in den Klima- und Post-2015-Verhandlungen, Bonn/Osnabrück (https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Report_CBDR_web.pdf, 5. 12. 2014).
- Messner, Dirk/Alejandro Guarín/Daniel Haun 2013: The Behavioural Dimension of International Cooperation (Global Cooperation Research Papers 1), Duisburg.
- Narlikar, Amrita 2013a: Introduction: Negotiating the rise of new powers, in: International Affairs, Jg. 89/3, S. 561–577.
- Narlikar, Amrita 2013b: Rising India: Responsible to whom?, in: International Affairs, Jg. 89/3, S. 595–614.
- OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) 2006: Good practices in the National Sustainable Development Strategies of OECD countries, Paris.
- OHCHR (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights) 2014: Press statement by Mr. Ivan Šimonović, United Nations Assistant Secretary-General for Human Rights at the launch of the 8th Monthly report of the UN Human Rights Monitoring Mission in Ukraine, Kyiv, 15 December 2014 (<http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=15418&LangID=E>, 15. 1. 2015).
- Patrick, Stewart M., 2014: The unruly world. The case for good enough global governance, in: Foreign Affairs, Jg. 93/1, S. 58–73.
- Sørensen, Eva 2006: Metagovernance. The changing role of politicians in processes of democratic governance, in: American Review of Public Administration, Jg. 36/1, S. 98–114.
- Steurer, Reinhard/Gerald Berger 2010: Horizontal policy integration: Concepts, administrative barriers and selected practices (InFER Discussion Paper 4-2010), Wien.
- Ulbert, Cornelia 2014: Die Ebola-Krise zeigt große Versäumnisse auf, in: Vereinte Nationen Nr. 5/2014, S. 201.
- WSIS (World Summit on the Information Society) 2003: Declaration of principles. Building the information society: a global challenge in the new Millennium, 12. 12. 2003 (WSIS-03/GENEVA/DOC/4-E) (<http://www.itu.int/wsis/docs/geneva/official/dop.html>, 22. 1. 2015).

Michèle Roth,
Cornelia Ulbert